

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mark, halbjährlich 2,80 Mark, jährlich 5,00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Adressen: Verleger: Carl Schenck, für die Anzeigenverwaltung: Carl Schenck, für den Druck: Carl Schenck, für den Vertrieb: Carl Schenck. Druck: Carl Schenck. Adressen: Verleger: Carl Schenck, für die Anzeigenverwaltung: Carl Schenck, für den Druck: Carl Schenck, für den Vertrieb: Carl Schenck.

Preis: Vierteljährlich 1,50 Mark, halbjährlich 2,80 Mark, jährlich 5,00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Adressen: Verleger: Carl Schenck, für die Anzeigenverwaltung: Carl Schenck, für den Druck: Carl Schenck, für den Vertrieb: Carl Schenck.

Nr. 25.

Halle, Freitag den 29. Juni 1917.

1. Jahrgang.

Englands weiße Silbe.

In den Kämpfen in Flandern wie im Artois (Sprich: Artois) werden wiederholt australische und amerikanische Abteilungen wegen ihrer besonderen Leistungen hervorgehoben. Sie haben ebenso, wenn schon ohne Erfolg, in Gallipoli die Hauptlast des Krieges getragen und bis zur letzten Zeit durch eine starke Besatzung in Ägypten den Engländern die Last der Ueberwachung der Kolonien abgenommen.

Die Leistungen der weißen Kolonien Englands in dem Weltkrieg übertreffen denn auch durchaus das Maß dessen, was man für möglich gehalten hätte, und geben einen Hinweis darauf, was die Vereinigten Staaten von Amerika, falls sich in dem amerikanischen Volk ein ernsthafter Kriegswille erhebt, auszuführen vermöchten.

Nicht weniger als 325 000 Mann hat Kanada allein bisher gestellt. Die Verluste betragen bislang 90 000 Mann; in den Munitionsfabriken arbeiten mehr als 300 000 Mann. Kanada zählt allerdings 7-8 Millionen Einwohner und die Verhältniszahl hinsichtlich der Gesamtbevölkerung entkränkt am liebsten dem Drittel dessen, was europäische Nationen an Mannkraft für den Krieg aufgebracht haben. Aber man vergesse nicht, daß kaum die Hälfte der kanadischen Bevölkerung englischer Sprache und angelsächsischen Stammes ist, die anderthalb Millionen Franzosen verhalten sich durchaus feindlich und ablehnend trotz der lebhaften Agitation, die der frühere Ministerpräsident Laurier entfachte. Von den Nichtkanadern fallen noch 600 000-700 000 Einwohner deutscher und österreichisch-ungarischer Abkunft ins Gewicht. Wenn sich Kanada bisher gestrauft hat, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, so ist dies nicht zuletzt auf den Widerstand der nicht angelsächsischen Volkselemente zurückzuführen.

Australien mit seinen 4 1/2 Millionen Einwohnern

rein englischen Stammes und ausgeprägt englischer Reichsgewinnung brachte nicht weniger als 300 000 Mann auf die Beine. Darunter die tüchtigsten und ausdauerndsten Schützenregimenter, über die die englische Armee verfügt. Die allgemeine Wehrpflicht wurde auch in Australien eingeführt, obwohl nach ihrer Einführung kaum eine größere Streitmacht für europäische Schlachtfelder verfügbar wäre, als sie durch freie Werbung aufgebracht wurden. Gegen ein Zwangsgebot trübt sich in Australien das demokratische Selbstgefühl der Arbeiterorganisationen.

Daneben ist die allgemeine Dienstpfllicht auf Neuseeland eingeführt worden, trotzdem man diese Insel erst recht als Arbeiterrepublik bezeichnen kann, hier überdies die Frauen einen großen bestimmenden Einfluß ausüben. Die Gesamtbevölkerung von 1 1/2 Millionen steht ein Kontingent von 60 000 Mann gegenüber, das durch vertragsmäßig feilgelegte monatliche Nachschiffe von zweieinhalbtausend Mann stets auf gleicher Höhe gehalten wird. Die Neuseeländer haben den Ruf ihrer militärischen Tüchtigkeit in den erfolglosen Kämpfen auf Gallipoli begründet. Sie haben ebenso wie die Australier dort wie auf den französischen Schlachtfeldern die schwersten Verluste erlitten. Die Opfer fallen um so mehr ins Gewicht, als die australische Bevölkerung und ebenso die von Neuseeland seit Jahrzehnten eine geringe Vererbung bei jüngerer Geburtenziffer zeigt und kaum irgendwo der einzelne Mensch so geschätzt und als Wert jenseitlich betrachtet wird als in diesen beiden Republiken.

Der südafrikanische Bund dürfte weit mehr als 1 000 000 Mann ins Feld gestellt haben. Mit der Ausnahme einer Division, die in Flandern steht, kämpft das südafrikanische Bundesheer auf afrikanischem Boden. Der

frühere Oberfeldherr Smuts hat an der Spitze von 60 000 Mann im vorigen Jahre Deutsch-Südwestafrika unter jäheren Opfern und noch größeren Anstrengungen erobert und dann das Feld seiner Operationen nach Deutsch-Ostafrika verlegt. Dort kämpft das afrikanische Bundesheer unter enklischer Führung seit mehr als einem Jahre mit den zweifelhaftesten Erfolgen.

Der deutsch-afrikanische Krieg bildet ein besonderes Kapitel des Weltkriegs. Drei Jahre hält in dieser Kolonie der deutsche Oberst Lettow-Vorbeck mit ein paar hundert weißen Offizieren und Soldaten und einigen tausend Negern der zehnjährigen Uebermacht seiner Gegner die Spitze. Nachdem er zweimal nacheinander den Angriff englisch-indischer Streitkräfte, die im Norden der Kolonie gelandet waren, in siegreichen Gefechten abgewiesen, kämpft er gegen die vereinigte Macht der Belgier aus dem Kongo, der Portugiesen und der Mosambiker und des südafrikanischen Bundesheers. Der Schauplatz der Kämpfe, die sich in der Form des Kleinkriegs abspielen, umfaßt das Gebiet im Süden der Kolonie zwischen dem Kaprivari, der Grenze von Mozambique und der Küste, deren Saum allerdings in der Gewalt des Gegners ist. Die Landschaft, bedeckt mit Busch, Urwald, Gesehten, lieiert den Schauplatz der Kämpfe, in denen die Kräfte des Indiantenkriegs ihre Wideraufstellung feiern. Hier wird jede Spur auf dem Boden, das Raufeln des Fußes im Laube, das Anstehen eines zerbrochenen Astes zu einem Ereignis, das die Schicksale einer Unternehmung bestimmen kann. Die Aufschmämer mit ihrem scharfen Sinn sind die besten Helfer dabei kämpfenden Parteien.

Noch immer steht Lettow-Vorbeck mit seiner kleinen Schor unterzungen da. —

Scheidemann über Stockholm.

Der Parteiausschuh trat am Dienstag den 26. Juni im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Vorsitzender Ober begründete die Notwendigkeit seiner Einberufung. Statuendgemäß habe der Parteiausschuh an der Festsetzung der Tagesordnung des Parteitag, der Bestimmung der Referenten usw. mitzuwirken. Durch Umfrage habe sich das nicht erledigen lassen. Ober schlägt vor, die Tagesordnung der Sitzung folgendermaßen festzusetzen:

1. Bericht über die Stockholmer Verhandlungen;
2. Stellungnahme zum Parteitag;
3. Sonstiges.

Den

Bericht über Stockholm

erzählt Scheidemann: Die Augen der ganzen Menschheit sind jetzt nach Stockholm gerichtet. Man erwartet jetzt von Stockholm und den Sozialisten, was man bisher von den Negierungen leider vergeblich erwartet hat: den Frieden. Ob die Stockholmer Verhandlungen den Erfolg haben werden, aus dem Frieden näher zu bringen, wie kann das sein? Die bisherigen Verhandlungen in Stockholm sind nicht zu verurteilen, wie nur das gewöhnlich hatten, aber viel besser, als manche von uns befürchten haben.

Viele Kräfte sind am Werke. Die Friedensarbeit von Stockholm zu vereiteln. Das erkennliche Beispiel dafür sind die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, welche ungenügend die Arbeit über unter Friedensarbeit betonen. Der unabhängige Referent, dem offenbar noch nicht genug Zeit geflossen ist, hätte eine Herbe der nimmer ererbigen russischen Geheimpolizei werden können. So dem Augenblick, wo man endlich darauf rechnen kann, wenigstens einige der sozialistischen Parteien werden zum stillen Zuhörer, sondern dieser führende Mann der Unabhängigen keine unüblichen Worten in den Saal, die er mit allerlei Verbindungen bekränzt hat. Als Dolmetscher fanatischer Hoffes und als Spielzeug politischer Verlogenheit werden diese beiden Aufsätze für zukünftige Historiker dieser Zeit wertvolles Material bieten.

Ich möchte Hundstunde darüber reden, wollte ich alle Verbindungen und Umarmungen anfassen und grüßeln. Ich will mich mit zwei Beispielen begnügen. Da ich zunächst mein bekannter Gläubiger an meine Solinger Wähler dem Reichstag 1915. Darum wird der Teilhaber: ... wir wollen die Abhängigen unter Gegner aufzuheben machen, wir wollen ihnen herausgerufen. Damit wir Hipp und Hor gesagt, daß unser Sieg darin besteht, daß wir die Abhängigen der Gegner bereiten. Zu der „Leipziger Volkszeitung“ aber wird dem Sob eine längere Vorlesung vorausgeschickt, derzufolge die Wehrzeit lange Zeit einen Sieg im Sinne der Abhängigen ertrinkt habe! Als angelegter Beweis für unter Zerfurcherungsgelüste wird

aus meinem Munde das Wort „Lügen“ hervorgehoben. Wie lächerlich diese Auslegung ist, beweist der einfache Hinweis auf unter vorhergehenden Erklärungen am 4. August und 2. Dezember 1914, in denen wir jede Eroberungspolitik weit von uns weisen.

In zahlreichen Reden und Artikeln habe ich auseinandergesetzt, daß unser großer Sieg darin bestehen werde, die gegnerischen Pläne zu vereiteln.

Weiter legt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihren Artikeln dar, ich hätte im März 1915 nicht gewagt, über den Frieden zu sprechen, und erst Oase habe gesagt, was nötig gewesen sei. Zunächst hat Oase am 10. März zur auswärtigen Politik gesprochen, und zwar im Auftrag der Revolution, die seine Rede ausdrücklich feilgelegt hatte. Ich habe dann nach Oase am 17. März wiederum im Auftrag der Revolution über die innere Politik zu sprechen gehabt. Ich habe meine Rede so angefangen: Was zur auswärtigen Politik zu sagen war, hat mein Freund Oase ausgesprochen; und ich bin in den Verhältnissen der Revolution vom 4. August und 2. Dezember niedergelegt. Es ist selber kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, davon im gewissen abzugeben. Was hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus diesem einfachen Tatsachen zusammengefaßt! Ihre Artikel sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, und zwar, um besser auf die Interessen der zu wirken, ohne daß auf die politische Situation irgendwelche Rücksicht genommen wird, in der ich aber anders gesprochen wurde. Wichtig ist an der ganzen „Einführung“ nur das eine, daß wir mehrfach in der Revolution ausgeht haben, zu bestimmten Zeiten im Reichstag über den Frieden zu sprechen, nämlich dann, wenn es nach der militärischen und politischen Lage Wahrscheinlichkeit wäre und dem Frieden nur geschadet hätte.

Zu derselben Zeit, als wir es ablehnten, im Reichstag bestimmte Dinge auszusprechen, haben wir sie handschriftlich in Volksersammlungen gesagt. Es kommt darauf an, wo und wann man ein Wort spricht. Politische Politik ist nicht unabhängig vom Raum und Zeit. Es kann nicht für uns sein, das gleiche hier oder fünfmal im Reichstag und hundertmal in Volksersammlungen zu sagen, oder es könnte unter Umständen ein Verbrechen oder eine Sünde sein, es auch nur ein zweites Mal zu wiederholen. Wir sind immer energisch für einen Frieden der Verständigung

eingetreten. Wir haben niemals Grundbäume preisgegeben. Aber Einzelteil sein, heißt nicht ein Popper sein, der immer diejenigen Aemtern herunterbetet. Wir tragen die untere Taktik der Verantwortung vor dem Rand und vor der Geschichte. Wir haben uns stets nach der jeweiligen Situation zu richten.

Das Auseinanderbringen der Stockholmer Konferenz begegnet großen Schwierigkeiten und wäre ohne Verabredung einer Einwirkung vielleicht gar nicht gelungen. Welches Mißtrauen hat man in der ganzen Welt gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erweisen gesucht! Man hat uns als die eigentlichen Kriegswüterer, als die gehermanen Diener des deutschen Imperialismus hingeworfen gesucht. Die Versichert, die wir über unter Friedensarbeit in Stockholm überwiegen haben, wird manchen Widerspruch und viele darauf begründete Vorurteile hoffentlich verdrängen. Freilich beginnt das Falschen und Verleumenden schon wieder. Aus der Bemerkung des „Vorwärts“, daß die Stockholmer Zusammenkunft der erste Triumph der Friedensbewegung sei, macht die französische Presse, der „Vorwärts“ habe von einem ersten Triumph Deutschlands gesprochen.

Auch unser Memorandum von Stockholm ist auf dem Hanwege über die englische Presse durchaus in Angriffen nach Frankreich übermitlet worden. Die englische Arbeiterbewegung hat ja leider kein politisches Organ und kaum ein Gewerkschaftsblatt mit irgendwelchem eigenen Nachrichtenendienst. Die bürgerliche Öffentlichkeit liest und schwindelt, und die „Amenität“ unerschrocken und verdammt vieles. Aber unter Arbeit besteht sie in der Aufnahmung des geschwollenen „Somo-Grumbach“, und da können Sie sich ja denken, welches Bild entsteht. Allen diesen Treibern kommt nur der Manifestationsstreifer der „Leipziger Volkszeitung“ mit seinen Verbindungen und Forderungen zu Hilfe. Es ist gar nicht zu erweisen, wieviel Blut an den Fingern dieser Widerwärtigen fließt. Ohne die wäre es vielleicht früher gelungen, die internationale Sozialdemokratie zusammen zu bringen und dann hätte der Menschheit

viel Blutvergießen erspart

Scheidemann gibt dann eine ausführliche Darstellung der Reise Vorabergs nach Petersburg. Obwohl Voraberg als neutraler Sozialist und Vertreter allgemeiner Menschheitsinteressen kam, war seine Mission recht schwierig. Aber die authentischen Mitteilungen, die er uns über unter Friedensarbeit machen konnte, sind doch sehr wertvoll gewesen. Die erste Frage, die ihm von den russischen Genossen gestellt wurde, war die, ob der Reichstagsler mit unter Erklärungen einverstanden sei. Da seine ich sofort, wie unglücklich falsch man im Ausland über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet ist. Voraberg hat die russischen Genossen gründlich dabei aufgeklärt, daß wir mit dem Stanger nichts zu tun haben, daß wir weder Regierungsgewalt noch Mehrheitspartei sind. Eine weitere Frage der Russen ging dahin, ob andre Parteien mit uns gleicher Meinung seien. Voraberg antwortete, daß zweifellos nicht unbedeutende Teile des deutschen Volkes ebenso dachten wie wir. Er dachte dabei an Männer wie Theodor Wolff usw

Weiter fragten die Russen, ob es in Deutschland in absehbarer Zeit eine Revolution geben werde, ob damit sicher zu rechnen sei. Vorzüglich erwiderte, seiner Überzeugung nach würde während des Krieges in Deutschland ganz gewiss keine Revolution eintreten, weil das ganze Volk darin einig sei, daß es sich seiner Pflicht bewußt sei, die Revolution zu verhindern. Die russischen Revolutionäre erwiderten, daß die russische Revolution eintreten würde, wenn die deutsche Revolution eintreten würde, und daß die russische Revolution eintreten würde, wenn die deutsche Revolution eintreten würde.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dann nach der Sitzung in der Vorloge empfangen wurde, nach ohne ihn über die Frage beraten. Er hat seiner Meinung nach die Vorloge später mitgeteilt, daß sein

Russen geblüht

Bei der Rat sei bereit, zur Durchführung des Friedens im Sinne der Internationalen und der Wünsche des holländisch-flandrischen Antimilitarismus mitzuwirken; er werde allerdings eine holländisch-flandrische Friedenskonferenz nicht einberufen. Vorzüglich betonte, daß die Konferenz nicht im Gegensatz zu den Bemühungen des holländisch-flandrischen Antimilitarismus stehen würde.

Schiedemann sprach dann über die gegenwärtige Lage in Rußland. Es könne nicht als ausgeschlossen angesehen werden, daß sich die Sache des Arbeiter- und Soldatenrats konsolidiere. Darum deutete die mit Angehöriger Mehrheit erfolgte Beschlusse der sogenannten Freiheitspartei hin, die russischen Genossen hätten damit Kriegsrechte bewilligt, weil sie die Meinung seien, daß es sich lohne, das neue Rußland zu verteidigen. Es hätten sich damit auf den gegenwärtigen Standpunkt gestellt, den die deutsche Sozialdemokratie Deutschland gegenüber eingenommen habe.

Schiedemann berichtete dann eingehend über die Verhandlungen in Stockholm selbst, die bereits aus der Briefe zum Teil bekannt sind. Er hob hervor, daß nicht Kaminski, sondern Ledebur bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation den Vorsitz geführt habe. Ledebur ausgesprochener Rede sei nicht ohne Eindruck geblieben; die Delegation habe beschließen, sie im Druck einzusetzen und allen Delegierten zugänglich zu machen. Unter den Worten Annerot, Entschädigung, Wiederherstellung denke sich jeder etwas anderes; durch die Stockholmer Beratungen und durch unter Memoranden haben die Franzosen eine ernstliche Arbeit zu tun eingesehen und sind in der Lage, die weiteren Vereinigungsbedingungen festzustellen. Besonders Wert haben wir darauf gelegt, durch diplomatische Darlegung unserer Friedensarbeit die Mißverständnisse und unvollständigen Vorurteile gegen uns zu zerstreuen. Wir hoffen, daß die genaue Darstellung unserer unermüdeten Arbeit für den Frieden auch im Ausland allgemein bekannt wird.

Wahrheit zum Siege führen

Wir; denn wir wollen bei niemand falschen Willen annehmen. Unsere Darlegung wird auch die anderen sozialistischen Parteien überzeugen müssen, daß über ihre Tätigkeit über den Frieden auszusprechen, wie es Thomas ja für die französische Sozialdemokratie schon in Aussicht gestellt hat. Vielleicht können wir denn auch in diesem oder jenem Punkte unter Urteil über die Stellung der französischen oder englischen Sozialdemokratie während des Krieges modifizieren.

Schiedemann sagte sein

Urteil über Stockholm

dahin zusammen, daß zunächst viele Schwierigkeiten des gemeinsamen Verständnisses aus dem Wege geräumt zu seien. Die deutsche Delegation habe ihre Schuldigkeit getan und alles geleistet, was in ihren Kräften stand. Sie glaubt ganz Recht geleistet zu haben und sei entschlossen, auf diesem Wege weiter zu gehen. Man muß auch die Gegenüber offen zugeben, daß es noch viel zu tun ist, besonders vor allem, was die Fragen des Friedens und der Wiedervereinigung anbelangt. Die Russen sind ein glänzender Sonderanwärter zu machen. Auch darf sie nicht länger zögern, vor aller Welt durch die Tat zu beweisen, daß es sich mit der Reorientierung Ernst ist. Wir brauchen vollkommene politische Freiheit, um das Vertrauen des Auslandes gegen die deutschen Erklärungen und Absichten zu gewinnen. Wir hoffen, daß der Vereinigungswille unter Arbeit anerkannt wird. Den Verhandlungswillen zu kräftigen, scheint uns noch immer der einzige Weg zu einem neuen Frieden, und ihn müssen wir geben, unbefehmet um das Geheiß von rechts und links. Arbeiten wir weiter für den Frieden, für Welt und Freiheit! (Lebte Zustimmung.)

An der deutschen Delegation (Weimar), Zwerning (Görlitz), Löbe (Greslan), Auer (München), Dr. David, Kinn (Dortmund), Richard Fischer (Berlin), Reichhaus (Erfurt), Soler

land (Tübingen), Beck (Simmern), Gohl (Zanzig), Körner (Koblenz), Kell (Erfurt), Dr. A. W. (Tübingen). Mehrere Redner sprachen der deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich ihren Dank aus für die energische Vertretung der Interessen Deutschlands und des Friedens durch Anregung Lobes und Obert die Erklärung, daß die deutsche Delegation von Stockholm die besten Resultate der Berliner Konferenz gegeben werden. Eine weitere Anregung gab, daß die Materialsammlung über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht nur deutsch und russisch herauszugeben, sondern auch in französischer Sprache zugänglich zu machen, soll nächste Verhandlung finden.

Am 17. April war die Delegation eine ernste und eingehende Prüfung der politischen Gesamtlage, der Friedensfrage, des Ernährungszustandes und der Aufgaben auf dem Gebiet des Verfassungszustandes. Sie fand ihren Abschluß nach einem Schlußwort Schiedemanns in der einstimmigen Annahme folgenden von Löbe beantragten Beschlusses:

Der Parteivorstand spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Konferenz sein Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und nimmt in dem Verfassungen an, welche über den Frieden der deutschen Partei zum Verhandlungsfeld abgeben hat, erklärt die deutsche Delegation, die Freiheit bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern.

Parteien

berichtet über: In der letzten Sitzung des Parteivorstandes wurde ein eingehendes Besprechungen über die Verhandlungen in Stockholm. Der Vorstand hat in einem Rundschreiben dem Parteivorstand den Bericht einer Tagesordnung unterbreitet und beauftragt, die Angelegenheit durch eine schriftliche Rundreise zu erledigen. Die Tagesordnung war wie folgt vorgeschrieben:

1. Bericht des Vorstandes: a) Allgemeines (Ober); b) Kaffe
2. Bericht der Kontrollkommission (Präsident)
3. Bericht der Arbeitskommission (Dr. David)
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Schiedemann)
5. Anträge

Der Bericht war der schriftlichen Rundreise nicht möglich. Es gab eine Reihe Einwendungen gegen die vorgeschlagene Tagesordnung. Beschlüsse über die Punkte 4 und 5 vor den Punkten 1 und 2 zu verhandeln. Es mußte unter allen Umständen vermieden werden, daß der innere Parteifriede in den Vordergrund der Verhandlungen getreten werde. Man habe den Parteifriede nicht; er könne am Schluß der Verhandlungen betonen werden. Dasselbe Aufsehen ist von einer ganzen Reihe Redner in der letzten Sitzung betonen worden. Der Parteivorstand wies auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hin. Es ist aber nicht möglich, die agitatorische Wirkung der Tagesordnung zu erhöhen, daß man die Berichte der Parteileitung an den Schluß der Tagesordnung lege. Man die Verhandlung nach in horizontalen bestimmen, wenn sie ausnahmsweise möglich, dann ist der erste nur indirekt auszuführen. Deshalb empfiehlt es sich, an der Reihenfolge der Tagesordnung nichts zu ändern.

Die Ernährungsfrage oder die Friedensarbeit zu besonderen Tagespunkten zu machen, wie es von einigen Rednern empfohlen wird, ist nicht anzunehmen. Beide Fragen bilden den Hauptteil der Tätigkeit der Parteileitung und der Partei, deshalb müssen sie in deren Berichten behandelt werden. Einen Sonderbericht zum Parteivorstand kann der Parteivorstand nicht bestimmen. Die Redaktion ist in der Beurteilung der meisten Fragen durchaus einig. Die Stellung zu den Kriegsereignissen ist bereits auf der Reichskonferenz eingehend besprochen. Würdigt hier ein Vertreter der Arbeiterkommission verknüpfte Redner, es wird der Parteitag dem nicht widersprechen. Weiter ist anzunehmen, daß die Tätigkeit der Partei für die Sozialdemokratie einen besonderen Wert zu stellen. Im schriftlichen Bericht soll dieser Punkt von einem Spezialisten besonders behandelt werden. Außerdem werden wir die dazu existierenden Mittel der Arbeiterkommission und der Partei, dieselben müssen die Partei die Anregung wohl Rechnung getragen sein.

Zusammenfassungen der Partei

sollen unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt werden. Das ist schon lange dringend notwendig. Bis her hat uns der Parteifriede immer wieder von dieser Arbeit abgehalten. Hier ist viel wertvoll. Jedoch aber muß unter allen Umständen die Stellung der Partei in diesen unruhigen Tagen präzisiert werden. Im die Behandlung dieses Themas recht wirksam zu sein.

halten, sind dazu besondere Vorbereitungen getroffen. Das Hauptmoment ist die in die nächsten Tagen. Für jede Gruppe soll ein besonderer Berichterstatter bestellt werden, und zwar: Sozialistische: Landsberg, Wirtschaftspolit.: Kinn, Finanzpolit.: Kell, Sozialpolit.: Kinn. Diese vier Berichterstatter sollen schriftliche Berichte über die Tätigkeit der Gruppen vor dem Parteitag vorzubereiten. Die Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung soll dann auf dem Parteitag die Materie und das Ergebnis der vorhergehenden Diskussion zusammenfassend behandeln.

Die praktische Durchführung dieses Beschlusses ist sehr wohl möglich und leicht. Das Verlangen, diese Fragen einzeln auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Wir halten also an der von vorgeschlagenen Tagesordnung fest. Sie entspricht nach unserer Auffassung, am besten den großen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hat. — Als Ergänzung der Tagesordnung sind die Tagesordnungspunkte für die Parteitag der Parteivorstandes und der Parteivorstandes zu sehen. Die Tagesordnungspunkte sind: a) Allgemeines (Ober); b) Kaffe

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Löbe (Greslan) begründet den Antrag, den Rednerbericht über die Parteivorstandes und der Parteivorstandes nicht auf den Parteitag, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu legen. Es soll nicht auf dem Parteitag zu beginnen. Wir sollen nicht als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitag an Oberland (Eberfeld) statt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Parteitag der Parteivorstandes und Kriegsbedingten und rest an, auch den finanzpolitischen Parteien die Delegation zum Parteitag zu empfehlen. Andre Dispositionen werden nicht auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Parteifunktionen eingesehen werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag fast noch erwogen werden. — Dann aber wünscht, die Veränderung der Organisationsfunktion mit der Tagesordnung zu sehen. Eine Gesamtbesprechung des Status ist aber nicht notwendig. Einzelanträge können bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Das Ende des Krieges ringt.

Das vorläufige Ende von Stockholm.

Der Stockholmer Korrespondent des Kopenhagener „Socialdemokraten“ droht, daß die Vorberedungen der Stockholmer Friedenskonferenz, als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Verhandlungen mit der deutschen Minderheit seien beendet, sie werde Stockholm verlassen, die holländischen Mitglieder kehren zur Tagung des Parlaments nach Hause zurück und Frau Nina Wanas, die gegenwärtig für Minister Stanning Dänemark vertritt, sei auf dem Rückweg nach Kopenhagen. Nur Domsman bleibe in Stockholm, um den schriftlichen Verkehr zu leiten und die weiteren Vorbereitungen für den nächsten Abschnitt der Stockholmer Tagung zu treffen.

Die der „Internationalen Korrespondenz“ dazu aus Stockholm gedruckt wird, sind die Stockholmer Bemühungen einzuwickeln als beendet anzusehen. Auch das deutsche Parteivorstandsmitglied Hermann Müller, der für die deutsche Delegation nach in Stockholm geblieben war, hat seinen Aufenthalt dort abgebrochen. Der Hauptgrund dafür, daß einwirkeln in Stockholm nichts weiter geschehen kann, ist die vollkommene Unfähigkeit über die Absichten und Beschlüsse der Russen. Die Kuriers des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockholm sind seit mehr als 8 Tagen ohne jede Verbindung mit Petersburg. Alle Versuche, Nachrichten von dort zu erhalten, sind fehlgeschlagen. Die einzige mögliche Erklärung dafür scheint zu sein, daß in Rußland neuerdings heftige innere Kämpfe ausgebrochen sein müssen, welche die telegraphische Verbindung vollkommen unterbrochen haben.

Grimms Depesche.

Zu Schweizerischen Nationalrat wurde am Mittwoch der Zoll Hoffmann-Grimm erörtert. Der Berichterstatter, Nationalrat Spahn, führte den Nachweis, daß es sich dabei nicht um eine Neutralitätsverletzung durch den Bundesrat Hoffmann gehandelt habe, denn dieser habe nicht einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland, sondern den allgemeinen Frieden fördern wollen. Zur allgemeinen Ueberzeugung brachte Nationalrat Spahn insofern neues Material über die Angelegenheit Hoffmann-Grimm zu Gebote, als er feststellte, daß die Depesche, in der Nationalrat Grimm sich Hoffmann Instruktionen erteilt, bisher nicht vollständig veröffentlicht worden ist. Die Depesche, die vom Schweizerischen Geandten in Petersburg untersucht ist, hat folgenden Wortlaut:

Petersburg. Der Nationalrat Grimm, der sich gegenwärtig in Petersburg aufhält, bietet uns, an Bundesrat Hoffmann ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln: „Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß ist in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht zwingende Notwendigkeit. Die Erkenntnis ist an maßgebender Stelle vorhanden. Spannungen breitere Frankreich, Sibirische England. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Aussichten sind günstig. In den nächsten Tagen ist neuer verstärkter Druck zu erwarten. Die einzig mögliche und gesündliche Lösung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterliegt diese Lösung, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Eine vom Arbeiterpartei einberufene internationale Konferenz ist ein Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Zustandekommen dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierungen

keine Rückschwärzungen machen. Alle Länder haben ihre Beteiligung zugesagt. Unterlassen Sie mich, wenn möglich, über die Ihnen bekannten Kriegsspiele der Regierungen, da die Verhandlungen dadurch erleichtert werden. Ich halte mich noch zehn Tage in Petersburg auf.“

Die jetzt gedruckten Stellen waren bisher nicht veröffentlicht. Spahn stellte fest, daß Grimm nicht um die Kriegsspiele Deutschlands gegen Rußland allein, sondern um die Kriegsspiele der Regierungen bittet. Die Neutralitätskommission habe aber beschlossen, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob Hoffmann und Grimm neutralitätswidrige Handlungen zur Last gelegt werden können.

Durch die Bekanntgabe des authentischen Wortlauts der Depesche Grimms wird dessen doppeldeutiges Verhalten noch mehr unterstrichen. Seine Depesche bringt den Beweis, daß er sich im Interesse des Friedens betätigen wollte, den russischen Genossen Axelrod und Marlow gegenüber hat er aber sehr verblüfft, als sie ihn fragten, ob er beabsichtige, Friedensvorschlüsse zu übermitteln.

Friedensdebatte in Oesterreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am Mittwoch über die Anfragen der Abgeordneten Dajzhaft, Dr. Stojan und Grünan an die Regierung über Vorbereitungen für mögliche Friedensverhandlungen. Der neue Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der die Bildung eines Beamtensministeriums als Nebengangsministerium übernommen hat, erklärte auf die Anfrage u. a. die Annahme, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens aner-

fanat hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung schiebt auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es dem Kaiser vorbehalten sei, Frieden zu schließen, und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Österreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheinen. Unter dieser ausdrücklichen Gewährung der Souveränitätsrechte der Krone sei die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten, lehne jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen tief eine tiefe und allgemeine Enttäuschung hervor, der als erster Redner der Sozialdemokrat Seite in leidenschaftlichen Ausführungen Ausdruck gab. „Diese Erklärung, die uns Graf Czernin herabgelassen hat“, sagte Teib, „ist wahrlich keine Garantie für die hohe Weisheit der Regierung. Hat denn Graf Czernin nicht häufig beim Feinde gelacht, daß man die Nationen hier befreien und ihnen das Selbstbestimmungsrecht verleihen wolle? Lord George, der ein großer Demagoge ist, wie jeder Satz aus seinen Reden und Neben zeigt, wird diesen ersten Satz der österreichischen Regierung öffentlich anhängen lassen und wird fragen: Ist es wahr, es ist wahr, diese Völker brauchen die Befreiung. Nach habe nur ein bitteres Gefühl gehabt in dem Augenblick, daß ich hören mußte, ein äußerer Minister gehe so wenig mit der Zeit und schlägt uns eine so tiefe Wunde. Durch seine Erklärung wird der Kriegswille der Gegner angestachelt, die Kriegsmüdigkeit bei uns erhöht. Der Weg zum Frieden ist nur durch Verständigung im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrats möglich.“ Die Debatte wurde noch nicht zu Ende geführt.

Wilson's Freiheit.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Von der Socialist Party of America nach Stockholm delegierten Bürgern der freien Republik über den großen Kaiser, Lee, Berger und Hillant werden von der Regierung des Freiheitspredigers Wilson die Reisepässe verweigert. Einem der hier eingetroffenen amerikanischen Sozialisten ist der bereits erteilte Paß von Geheimpolizisten wieder abgenommen worden. Er mußte seine Reise unter Umständen antreten, die mindestens für die Dauer des Krieges keine Rückkehr nach Amerika ausschließen, es sei denn, er hätte Schmachtd nach einigen Jahren Staatsverweisung.

Die amerikanische Regierung hat zur Begründung dieser Maßnahmen die verhasste Logan-Vill von 1799 angegriffen, monach Bürger der Vereinigten Staaten mit Angehörigen oder Vertretern anderer Staaten in Angelegenheiten, an denen die Vereinigten Staaten interessiert sind, nur mit Zustimmung der Regierung in Verbindung treten dürfen. Die Angelegenheit nun, an denen die Vereinigten Staaten hierbei interessiert sein sollen, besteht darin, daß man drüben den Mißbrauch seines Sonderrechts Anstalts in den Zentralmächten fürchtete, deren Interessen des nordamerikanischen Rüstungs-kapitals zuwider laufen würde.

Der eine der Sozialisten, der trotz Rohheitszunge hier ist, hielt einem Gehilfen des Innenministers Vorlesung, als dieser sich auf jenes Gesetz berief, entgegen, daß er doch nicht mit irgendwelchen Regierungsvertretern in Stockholm zusammenkommen wolle, sondern als Sozialist zu einer Sozialistenkonferenz. Darauf erwiderte der hohe Beamte, der Mann könnte — abgesehen von der möglichen Anwesenheit russischer sozialistischer Minister oder ihnen nahestehender Leute — in Stockholm doch auf Schwedemann treffen, den der Konfing-Gehilfe als nahezu offiziellen Vertreter der deutschen Regierung betrachtete.

Es ist ja recht komisch, daß ein hochgeachteter Beamter des Auswärtigen Amtes der Union solche Absichten der Gintempore glaubig nachschaut. Aber wie frei ist dieses Land und wie hoch ist es seine Bürger ein, wenn es erlaubt, sie vor der Möglichkeit bewahren zu müssen, mit einem deutschen Sozialisten zu sprechen.

Zur Verhinderung aller Ausgrenzungen zu beiden Seiten des Atlantik muß schließlich noch festgestellt sein, daß die deutsche Reichsdelegation schon abgereist war, als die Amerikaner in Stockholm eintrafen.

Die Taktik der Tanks.

Der Militärsekretär des Fortier „Coeuvre“, Mortimer West, schreibt: Die Schlachtmagen sollen vor, nicht hinter der Infanterie eingesetzt werden, ein Grundriß, der anfänglich nur zu häufig übersehen wurde. Ihre Aufgabe ist es nämlich gerade, die Fronten der Feinde niederzulegen. Die notwendige Artillerievorbereitung ist ihrer wirksamen Verwendung nur hinderlich, da sie die Schwiereigkeiten des Geländes vermehrt. Der Tank wird deshalb in allen den Fällen zur Anwendung gelangen, wo es nicht mindestensvermeidlich erscheint, den Gegner von vornherein durch ausgiebige Beschützung über den bevorstehenden Angriff zu unterstützen. Ziel des Tanks muß stets bleiben, sich über den feindlichen Schützengänge zu legen, um die Verteidigung unter das Feuer seiner Geschütze nehmen zu können. Erst wenn es ihm weit ist, sollte die Infanterie benachrichtigt werden, den vorerhaltenen Graben zu verlassen. Mit der dahinterliegenden Stellung würde dann in gleicher Weise verfahren werden.

So wenigstens stellt sich das ideale Programm der Schlachtmagen. Es liegt auf der Hand, daß die Verluste um so geringer sein werden, je schneller diese zu Werke gegangen werden kann. Dazu ist es eben nötig, die Aufmerksamkeit des Feindes nicht im

voraus durch Artillerievorbereitung zu wecken, und seine Batterien durch möglichst präzise Feuerwirkung im Augenblick, da sie der Infanterie zu Hilfe kommen wollen, zum Schweigen zu bringen. Daraus ergibt sich, daß eine Weisheit des Geländes nur dann bestehen kann, wenn die enge Verbindung im Zusammenarbeiten von Tank, Infanterie und Artillerie besteht.

Wildschadenverhütung.

In einem Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts an die Bundesregierungen wird u. a. ausgeführt, daß Mangel an Wildschaden im vorigen Winter oder Frühjahr nicht in nennenswertem Umfang bemerkt worden sind, und daß erst neuerdings solche Mangel an einigen Teilen des Reiches wieder vorliegen. Infolgedessen werden die zuständigen Stellen ersucht, auch in diesem Jahre mit allem Nachdruck und nötigenfalls mit Inanspruchnahme der den Militärbehörden zugehenden Finanzmittel überall da einzuschreiten, wo Wildschaden festgestellt wird.

In Preußen ist auf Grund eines Erlasses des Landwirtschaftsministers bestimmt worden, daß in denjenigen Jagdbezirken in denen der Wildschaden eine angemessene Höhe übersteigt, oder aber der Wildschaden in größeren Umfängen übermäßig verheerend wird, nötigenfalls ist die Anordnung eines Zwangsjagdes im Verhältnis des Generalaufmanns zu beantragen. Im übrigen soll den Jagdhorn und Jägervereinen in denen übermäßig gelodet wird, jede zulässige Förderung des Wildschadens gewährt werden.

Nach dem Zusammenwirken der Militär- und Zivilbehörden dürfte fortan der Wildschaden überall wirksam bekämpft werden. Etwas Besondere sind dem Kriegsernährungsamt oder den Landeszentralbehörden zur Kenntnis zu bringen.

Notizen.

21 700 Tonnen versenkt. Antlich wird bekanntgegeben: Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal, in der Biscaya und Nordsee. 5 Dampfer, 4 Segler mit 21 700 Bruttoregistertonnen. Unter diesen versenkten Schiffe befinden sich die französischen Segler „Grenache“ mit Grundbesitz nach England und „Guerre Gueprie“, der portugiesische Dreimast-Geschiffelchener „Amphitrite“ mit 300 Tonnen Butter, Kakao und Wein nach Frankreich, ferner ein großer bewaffneter Tankdampfer von über 8000 Bruttoregistertonnen, ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und ein tief geladener großer Frachttdampfer, die beide aus Geleitzügen herausgeschossen wurden. Zwei weitere vertiente Schiffe hatten sich holen gelassen.

Auf eine Mine gelassen. Der englische Dampfer „Mangalia“ (5500 Br.-R.-Z.) von der Benjulfar-und-Oriental-Linie ist in der Nähe von Zomban auf eine Mine gelassen und untergegangen. Boot mit einer Anzahl von Passagieren und Leuten der Besatzung sind gelandet. Die Boot ist verloren.

Zeegefahr an der Donaumündung. Der türkische Reisebericht vom 26. d. M. meldet: Ein Teil unserer Zeekreuzfahrtsflotte vom 22. bis zum 25. Juni eine Untersuchung nach der russischen Donaumündung aus. Der feindliche Landstrom und die Fintenstation auf der Schlangeinsel wurden zerstört. Unser Landungsboot erbeutete auf der genannten Insel ein Maschinengewehr und eine Anzahl Waffen, zertrümmte feindliche Geschütze und scherte mit 14 Gefangenen an Bord zurück. Auf der Insel wurden vier russische Minenschiffe und Zerstörer, unsere Zeekreuzfahrtsflotte abgesehen. In dem entscheidenden Gefecht erzielten unsere Zeekreuzfahrtsflotte auf große Entfernung Treffer auf einen feindlichen Zerstörer; ein Marineflugzeug warf erfolgreich Bomben auf ein feindliches Minenschiff. Unsere Zeekreuzfahrtsflotte hat das Flugzeug „Widwid“ hervorgezogen.

In den Genter Vorjahren bringt die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Mitteilung an erster Stelle: Nach ihrer eingegangenen amtlichen Meldung erschien am Montag abend der schwedische Minister Zornant auf der kaiserlichen Gesandtschaft in Bern, um dem deutschen Gesandten wegen der Genter Vorgänge und insbesondere wegen der Befestigung des Konstanzer Forts das schärfste Bedauern des Schweizer Bundesrats auszusprechen und die Versicherung abzugeben, daß eine strenge Verfolgung der Schuldigen stattfinden werde.

Die Erhöhung der Eisenbahnpreise. Der preussische Landes-Eisenbahndirektor hat am Dienstag die Vorlage der Staatsbahnverwaltungsamt über die Erhöhung der Eintrittspreise im Fernverkehrspreis genehmigt. Mangel dieser Preisenerhöhung hat bekanntlich der Reichstag eine 10 bis 16prozentige Nachbesserung beschlossen, so daß die Eisenbahnfahrkarten in Zukunft außerordentlich verteuert werden. Die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Einheitspreise betragen unter Wegfall der 10 bis 16prozentigen Erhöhung in der 1. Klasse 24 Pf., in der 2. Klasse 17 Pf., in der 3. Klasse 12 Pf., in der 4. Klasse 8 Pf., in der 5. Klasse 6 Pf. für das Kilometer. Der neue Eisenbahndirektor hat die Vorlage dem Reichstag vorgelegt, die für die vierte Klasse 10 v. H., für die dritte 12 v. H., für die zweite 14 v. H. und für die erste 16 v. H. betragen. Hierzu kommt eine Erhöhung der Eintrittspreise von 10 v. H., die wegen der Steigerung der Unkosten von der preussischen Verwaltung erhoben werden soll; und endlich wird der Tarif noch durch den Wegfall der bisherigen Fahrkartenunterstützung vermindert. Die erste Klasse wird bei diesen Preisänderungen also sehr günstig abgeben, während die vierte Klasse die bisherige Fahrkartenunterstützung zahlt, verhältnismäßig am meisten belastet wird. Die eigentlichen Lebergeschiffe bringen künftig noch mehr als bisher die beiden unteren Klassen, während sich vermutlich die erste Klasse noch weniger als früher rentieren dürfte.

Die Mischelgerungen vor dem Reichstag des Innern. Der Entwurf der Geschäfts- und Personalverteilung im Reichstag und Umgebung hat in der des Reichstags in den Werken die Eingabe gerichtet, in der des Reichstags eine allgemeine Mischelgerungen erbeten wurde. Demnach hat das Reichstag in den Vorarbeiten des Reichstages, Oberbürgermeister Edmund, folgende Antwort gerichtet: „Die Frage des Reichstags beider Bestimmungen zum Schluß der Reichstags seien nach der Entscheidung ihrer Angelegenheiten mit dem Reichstag zusammenfassend einsehender Bestimmungen mit den in Betracht kommenden einzelnen Stellen gemacht worden, bei denen sowohl die Lage der Sachverhalte wie auch diejenige der Reichstags nach jeder Hinsicht hin gewürdigt worden ist. Es hat sich ergeben, daß die Mischelgerungen der Reichstags auf Grund der Zusammenfassung der militärischen Reichstagsarbeiten nicht möglich ist. Die Frage, ob dem Reichstag der Reichstagsbestimmungen zum Schluß der Reichstags hinzugefügt ist, unterliegt nach der Beratung der zuständigen Behörden. Die Eingabe ist daher dem Reichstag des Innern vorgelegt worden.“

Erfolgreiche Lohnforderungen der Berliner Eisenbahnarbeiter. Die Handwerker und Arbeiter der Berliner Eisenbahnarbeiter haben vor einigen Tagen an ihre vorgesetzten Behörden Forderungen auf Lohnhöhungen gestellt. Es wurde erreicht, die Lohnhöhen betragen auf 9 Stunden zu vermindern. Ferner wurde eine Lohnhöhe von 100 Mark für die Arbeiter erreicht. Nach dem Reichstag treten am 1. Juni folgende Lohnhöhen in Kraft (die in Klammern beigefügten Zahlen betreffen die obigen Zahlen):

für Handwerker:	Anfangslohn 52 Pf. (46 Pf.), Endlohn 83 - (75 -)
für handwerksmäßige Arbeiter:	Anfangslohn 47 - (42 -), Endlohn 71 - (64 -)
für Handarbeiter:	Anfangslohn 45 (40 -), Endlohn 64 - (58 -)

Außerdem sind die Lohnhöhen für die Arbeiter der Reichstagsarbeiten um 5 Mark erhöht worden. Der Zuschlag für die Arbeiter in den 20 Pf., auf 25 Pf., für die erste und auf 30 Pf., für die zweite Klasse erhöht worden. Doch soll die zweite Stunde nach Möglichkeit wegfallen.

3000 Eier in einer Privatwohnung! Die höchste Folger in Berlin hat im Hause eines Privatmannes nicht weniger als 3000 Eier beschlagnahmt. Es geht sich, daß von der großen Anzahl Eier höchstens 250 noch genießbar waren. Die anderen sollen als Schmutzwasser verwendet werden. Dazu muß unter demselben Vorwand der Verfall: Man mag den Menschen, der die Eier eingeschlagen hat, auf dem Markt auslassen und ihn von seiner Kriegerkammer mit den 2500 jenen über bombardieren lassen.

Die gescheiterte Offensive. Die französische Kammer hat beschlossen, die Befreiung der Anträge über militärische Operationen erst im Herbst zu beginnen. Kriegsminister Painlevé wird wahrscheinlich die Erörterung mit einer Erklärung einleiten. Man nimmt an, daß Albert Thomas kurz über seine Reise nach Russland berichtet wird. Das Verhalten nach einer Geheimnisung wird erst gestellt, nachdem Salbuz ein Teil seiner Begründung vorgezogen hat.

Benizelos an der Macht. Aus Athen wird gemeldet: Das Ministerium Benizelos ist wiederholt worden. Benizelos übernimmt den Vorsitz und das Kriegsministerium.

Wahlkreis Demonstration in Budapest. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der organisierten sozialistischen Arbeiter im Hofe des Stadthauses eine Volksversammlung, wobei sie die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht betonten. Die Teilnehmer zogen sofort vor den Klub der Arbeiterschaft. Die Menge, deren Zahl auf ungefähr 25 000 anwuchs, zog später teils durch die Androhung, teils durch die Aufregung der Mitglieder der Gruppe zu, wobei einzelne erwischt wurden. Mehrere Gruppen bewegten sich bis in die späten Nachstunden durch die Straßen; sie wurden der Polizei gestreut.

Dünkirchen beschossen.

2. Z. S. Großes Hauptquartier, 28. Juni 1917. (Antlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Herceggruppe Kronprinz Rupprecht.

Schwere Fernvertrieber beschossen gestern mit beschleunigter Wirkung die englisch-französische Besatzung in Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen ein. Als die Besatzung wurde vom Feind beschossen und unter Feuer genommen; militärische Schäden entstanden nicht. In den englischen Gräben an der Küste wurde eine Beschädigung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Beschädigungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuerstätigkeit in einigen Abschnitten der französischen und der Westfront ziemlich ab.

Schließlich im Westfront wurde von unsern Schützern ein heftiger Gegenangriff unternommen. Bei Soone löste ein feindlicher Gegenangriff aus.

Schließlich der Straße Cambrai-Arras erlitten die Engländer bei Zerstörung eines Uferwerks starke verlässliche und rheinische Zerstörungen erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten. Am Bericht unserer Stellen nach von 24. Juni ein entfallen sich mehrfach keine Gefolge unserer Seiten mit einschlägigen Abteilungen.

Herceggruppe Deutscher Kronprinz. In einzelnen Stellen nördlich der Aisne, nördlich von Reims und in der Westfront kann es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Herceggruppe Herzog Albrecht. Am Sartmannsweilerkopf machten Ersteren eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangene.

Westlicher Kriegsschauplatz. In der ungarischen Front dauert die rege Feuerstätigkeit an.

Macedonische Front. Keine besonderen Ereignisse. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Aus der Parteibewegung.

Konferenz der Jugendbezirksleitungen Deutschlands.

Eine von der Zentralfelle für die arbeitende Jugend Deutschlands einberufene, außerordentliche Konferenz der Jugendbezirksleitungen Deutschlands fand am Sonntag den 24. Juni 1917 in Berlin statt und nahm Stellung zur gegenwärtigen Lage in der Jugendbewegung sowie zur Frage unserer künftigen Jugendarbeit. Die Verhandlungen, die vom Genossen Ebert geleitet wurden, begannen mit einem Vortrage des Genossen Horn, der die Mitglieder und den Verlauf der von den Angehörigen der Unabhängigen Sozialistischen Partei in verschiedenen Bezirken betriebenen Spaltungsversuche schilderte und dann die entscheidenden Grundzüge entwarf, nach denen in Zukunft unsere Bildungsarbeit unter der Jugend unter Vermittelung der bisherigen Leiter betrieben werden müsse. Ein weiterer Vortrag des Genossen Weimann gab ein Bild über die Tätigkeit der Zentralfelle im vergangenen Jahr und über den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung.

Die rege und lebhaft geführte Diskussion bewachte sich im Sinne der beiden Akteure und ergab die volle Einmütigkeit der Jugendbezirksleiter über die angeregten Fragen. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

1. Die Konzentration der auf das Schicksal der auf den Vorposten der Arbeiterjugend und die Bekämpfung der von der Zentralfelle hinsichtlich der Freireiher und vertrittet alle in der Jugendbewegung tätigen Personen, den für unsere Jugendarbeit maßgebenden Willkürlichen des Münchener Parteitag und Kampfaberger Parteitagestages vom Jahre 1908 Geltung zu verschaffen, und damit für die Einheit und Geschlossenheit der Bewegung zu wirken. — An Hebererentfaltung handelt nicht die Konferenz für die Arbeit unter der Jugend zwischen 14 und 18 Jahren folgende Richtlinien auf:

Die Jugendbewegung ist in erster Linie eine erzieherische Arbeitstätigkeit der organisierten Arbeiterjugend ihres künftigen Lebens, nicht eine Kampfbewegung mit parteipolitischen Zielen. Alle für die Jugendbewegung tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben deshalb die Pflicht, sich mit den erzieherischen Voraussetzungen für eine gewissenhafte und lehrreiche Erziehung ihrer Zuhörer vertraut zu machen.

Die örtliche Leitung der Jugendbewegung liegt einem aus Vertretern der Jugend und der Partei und Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Jugendausschuss ob, dessen Tätigkeit sowie dessen durch die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erfolgt.

Zu den Aufgaben der Jugendausschüsse gehören:

1. Planmäßige Darbietung allgemeiner Bildung sowie finanzieller geistiger Veranstaltungen jeder Art; Einrichtung von Jugendclubs.
2. Planmäßige Förderung der körperlichen Entwicklung der Jugend durch Wandern, Spiele im Freien sowie regelmäßig fortgesetzte Gymnastik, nicht eine Kampfbewegung mit parteipolitischen Zielen. Alle für die Jugendbewegung tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben deshalb die Pflicht, sich mit den erzieherischen Voraussetzungen für eine gewissenhafte und lehrreiche Erziehung ihrer Zuhörer vertraut zu machen.
3. Erziehung und Leitung von Jugendheimen.
4. Aufklärung der Jugend über die Jugendbeschäftigungen und in Einklang mit den Gewerkschaftsorganisationen besonderer Jugendbeschäftigungen und sonstiger dem wirtschaftlichen Schutze der Jugend dienende Einrichtungen.

Tiele von den Jugendausschüssen getroffenen Veranstaltungen und Einrichtungen sollen für die Absonderung der Arbeiterjugend und die Mitglieder der Jugendbewegung in der Jugendbewegung ein einheitliches Zentrum sein, die überdies ein organisatorisches Zentrum der Jugendbewegung sind mit den Jugendheimen anzuschließen ist.

Die fachliche Ausbildung der Jugend durch Anführer und Vorkämpfer des Kampfes bleibt Sache der gewerkschaftlichen Jugendstellen.

— Sozialdemokratischer Polizeiverwalter in Preußen. In Völkchen bei Solingen wurde dem sozialdemokratischen Polizeiverwalter Heuand die Polizeiaufsicht über Wälden, Wärdern und Weggeren übertragen. Er dürfte der erste Sozialdemokrat in Preußen sein, der Polizeigewalt ausübt.

Aus der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 23. Juni. (Berheimliche Kartoffeln) Wegen unrichtiger Mitteilung über Kartoffeln ist die Reichsanweisung vom 23. Juni hier mit 100 Mark bestraft worden.

Magdeburg, 23. Juni. (Votgetreideverfälschung) Vom Landrat des Kreises Jericho wurde bekanntgegeben, daß wegen Verfälschung von Votgetreide der Votgetreideproduzent August Wähle in Bretzin zu 1000 Mark Geldstrafe sowie der Müllermeister B. Schulze und der Anwohner Hans Heidenreich zu je 200 Mark verurteilt worden sind. Nach den Bestimmungen zu urteilen, scheinen sie recht beträchtliche Mengen Getreide verfälscht zu haben.

Magdeburg, 23. Juni. (Der behaftete Schweinehandel) Durch Strafbefehle des Amtsgerichts Gröningen sind wegen gemeinschaftlichen verbotenen Aufkaufs von Schweinen ohne Festhaltung des Lebenswandels, verbotener Ausfuhr von Schweinen und Hebererzettelung der Adressen für Schweine der Handelsmann Max Frankowial zu 200 Mark, der Fischhändler Carl Friedel zu 350 Mark, Ergänzungsstrafe je 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark, verurteilt worden.

Magdeburg, 23. Juni. (Ungeheurer Vorkommnis) Bedeutende Unterschlagungen hat sich der Oberpostdirektor Frenzel hier zuschulden lassen. Auf die Ergänzungsstrafe der fähig ist, hat die Verpostdirektion Magdeburg 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

Magdeburg, 23. Juni. (Ein unehrlicher Mitarbeiter) Der Arbeiter Anton Gagelowitz aus Triefen hat einen Lohn von 10 Mark erhalten, der ihm aber nicht zugehört hat. Er hat sich die 10 Mark in der Tasche behalten und hat die 10 Mark dem Arbeitgeber zurückgegeben. Er hat sich die 10 Mark in der Tasche behalten und hat die 10 Mark dem Arbeitgeber zurückgegeben.

Magdeburg, 23. Juni. (Ein unehrlicher Mitarbeiter) Der Arbeiter Anton Gagelowitz aus Triefen hat einen Lohn von 10 Mark erhalten, der ihm aber nicht zugehört hat. Er hat sich die 10 Mark in der Tasche behalten und hat die 10 Mark dem Arbeitgeber zurückgegeben. Er hat sich die 10 Mark in der Tasche behalten und hat die 10 Mark dem Arbeitgeber zurückgegeben.

Magdeburg, 23. Juni. (Im Bahnhof eingebrochen) Der Dienstheld Karl Seife aus Verden und der Arbeiter Gustav Braumann von hier haben aus dem Bahnhofsgebäude zu Höttingen eine Geldkassette mit 10 Mark Reichsbanknoten, 5 Reichsmark und 50 Mark sowie 150 Zigaretten, vom Bahnhofsgebäude Magdeburg Werte wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Braumann wegen schweren Diebstahls zusätzlich zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Magdeburg, 23. Juni. (Mafug) In der Sonntagsacht wurde in der Kirche von jungen Frauen alleiter großer Unmut verbreitet. Unter anderem wurde eine solche Hebererzettelung, die Schüssel zur Kirche hängen in der neuen Schule, in deren oberen Räume der Lehrer mit seiner Mutter wohnt. Die Hebererzettelung wird jedoch nicht verurteilt. Es war daher den jungen Frauen, denn um solche kann es sich nicht handeln, ein leichtes, derartige Streiche auszuführen.

Kleine Chronik.

Zum Tode verurteilt.

Am Mittwoch hatten sich vor dem Schwurgericht Magdeburg wegen Mordes, Antilichung und Beihilfe dazu die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen Emma Wiegand aus Lieburgen, geboren 1893, und Frieda Wirth von hier, geboren 1894, zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich zu Babelsberg, wo sie im Herbst 1916, hien zu Magdeburg, und die Wiegand mit ihrem 3 Monate alten unehelichen Sohn Antonius gefunden hatte. Die Wiegand flagte der Wirth ihre Sorgen und ihr Leid, hatte tröstete sie und rief ihr: „Seri das Kind in die Erde“, kann bist Du es los!“

Anfrage wollte die Wiegand davon nichts wissen. Iteb sich aber schließlich überreden und ging mit der Wirth am 7. April abends unter Mithnahme des Kindes nach der Königshöhe. Beide paßte auf und hatte verabredet, wenn sie beide, sollte das schlafende Kind in die Erde fallen lassen. So geschah es auch, das Kind ertrank. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Die Wiegand und die Wirth wurden beide zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Die Wiegand wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Hochsommer = Kleidung für Herren für Damen für Kinder

87 Mitglied des Rabatt-Sparvereins

Ämtliche Bekanntmachungen.
Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, Freitag den 29. Juni, Sonntags den 30. Juni, Montag den 2. Juli und Dienstag den 3. Juli den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Sirup abzuholen.
Bekanntmachung über die Regelung des Verkaufserfolgs erfolgt später.
Halle, den 28. Juni 1917. Der Magistrat.

Leipziger Strasse 88
— Fernsprecher 1224. —

Der nächtliche Besucher.
Drama in 3 Akten.
Der Lausbub.
3 Akte goldigen, gelunden Humors.

Tuberkulösen-Fürsorge.
Herausgegeben vom Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Mitbürger!
hilft die Vorzüge freudig!
Die antiseptische
Kleidungsstücke, Schuhwaren, Wäschestücke usw. hat, lüpfen sie mitgeliefert, die unentgeltlich ab an die
Altkleiderverwertungstelle
des
Städtgemeindefalle
Leipzigerstrasse 17,
öffnet 9-11 Uhr vorm., 3-6 Uhr nachm.,
Freitag 9-11 Uhr.

Alte Promenadella
Fernruf 5738.
Die
10. Jozozschlacht
in mehreren Abteilungen.
Trommelfeuer.
Gegenangriff durch das Sperrfeuer der Italiener.
Kaiser Karl bei seinen Truppen während der Schlacht.
Aufgenommen von 14 Operatoren in den vordersten Stellungen.
Dazu das große Beiprogramm.
Auch für Jugendliche genehmigt!

Sohlen-schoner
alle Ausführungen, wie Leder- und Stoffschonern, Gummischonern, Stahlsohlen, Leder- und Stoffsohlen
Schubcreme
Reinigungscreme und Bad für schmutzige, braune und weiße Schuhe — sehr preiswert
Einlegeföhlen
jeder Art im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzig, Straße 87.

Arbeitskräfte zum Fensterputzen
geholt 8551
Medungen bis 6 Uhr abends
am Schuppen
Taubenstr. 11.

Halle und Saalkreis.

Halle, 29. Juni 1917.

Vom Oberversicherungsamt.

Auf der Konferenz der Genossenschaftsartelle im Regierungsbezirk Merseburg, die am vorigen Sonntag in Halle stattgefunden hat, ist immer und immer wieder auf die hohe Bedeutung und auf die große Beanspruchung des Oberversicherungsamts in Merseburg durch die Versicherten hingewiesen worden. Das verlangt uns, nachstehend einem Fachmann darüber das Wort zu geben.

Die Redaktion.

Für den Bereich des Regierungsbezirks Merseburg besteht ein „Oberversicherungsamt“ mit dem Sitz in Merseburg. Es ist für diesen ganzen Bezirk die höchste Verwaltungs- und Rechtsprechungsbefähigte in allen Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. Wer in dem Regierungsbezirk wohnt und eine Streitigkeit mit einer Krankenkasse hat, kann, nachdem das (untere) Versicherungsamt entschieden hat, in zweiter Instanz das Oberversicherungsamt anrufen. In Streitigkeiten mit den Unfall-Versicherungsgesellschaften und der Invalidenversicherungsanstalt ist, nachdem diese Stellen endgültig entschieden haben, das Oberversicherungsamt in erster Instanz anzurufen.

Das Amt hat daher ein großes Arbeitsgebiet. Es erfüllt in eine Spruchkammer, die über alle Streitigkeiten in Bezug auf die Leistungen (Unterstützungen) der Versicherungsträger und in eine Besetzungskammer, die über sonstige Streitigkeiten (Weitragen- und Wahlverfahren usw.) zu entscheiden hat.

Die Spruchkammer entscheidet in öffentlicher Sitzung unter Anwesenheit des Vorsitzenden und je zwei Weislichen aus dem Stande der Versicherten und der Unternehmer. Bestimmte Sitzungen sind nicht eingetragelt. Bei Streitigkeiten wurden die Sitzungen eine Zeitlang überhaupt ausgesetzt. Zur Wahrung der Versäumnisse fanden dann im Jahre 1915 häufigere Sitzungen, fast jede Woche eine, öfter auch zwei, statt. Gegenwärtig ist der Streitstoff wieder sehr zurückgegangen; es finden Sitzungen nur in Ausnahmefällen von etwa 3 Wochen statt. In jeder Sitzung von etwa dreißigtägiger Dauer werden durchschnittlich 20 bis 25 Streitfälle erledigt. In der Regel werden hiervon etwa vier bis acht zugunsten der Versicherten entschieden, die übrigen Klagen werden abgewiesen. Von dem Klage waren die Unfallrentenentscheidungen fast vorwiegend, fast nehmen die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsstreitigkeiten mindestens den gleichen Umfang ein. Die Krankenversicherungsstreitigkeiten treten sehr zurück.

Unter den Invalidenversicherungsstreitigkeiten wiederum spielen die Streitigkeiten um die Rente für Kriegsschadigte eine große Rolle. Die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt ist beauftragt, diese Rentenberechnungen hat der Invalidenrente fast immer nur die Krankenteile zu gewähren. Die Invalidenrente soll bei dauernder Erwerbsunfähigkeit zugewährt werden; sie beginnt mit dem Eintritt, also in der Regel mit dem Tage der Verwundung usw. Die Krankenteile soll bei nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit gewährt werden, und zwar von dem 27. Tage an. Somit sind die Renten ganz gleich; der Unterschied liegt also nur im Zeitpunkt des Beginns der Rente. Bei der Krankenteile „Ipart“ die Versicherungsanstalt ein halbes Jahr Rente.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg gewährt selbst bei gänzlichem Verlust eines Beines im Ober- oder unteren Teil der Extremitäten. In einer ganzen Anzahl dieser Fälle wurde die bezügliche Verfügung aus dem Oberversicherungsamt eingeleitet. Dieses war sich zunächst über die Wichtigkeit auch nicht ganz klar und überlagerte einen Fall zur Entscheidung dem Reichsversicherungsamt, um eine „grundsätzliche“ Entscheidung über diese Frage herbeizuführen. „Grundsätzlich“ aber die Sache wieder an das Oberversicherungsamt zurück, da hierbei eine „grundsätzliche“ Ansicht nicht festzustellen sei. Es komme immer auf die Lage des einzelnen Falles, auf Alter, Beruf und die sonstigen gesundheitlichen und ähnlichen Verhältnisse des Verletzten an. Das Oberversicherungsamt verfährt nun auch entsprechend; in einigen Fällen, in denen außer dem Verletzten noch sonstige Schäden vorliegen, ist die Invalidenrente bewilligt worden.

Friede, Freiheit und Brot!

Das sind die Ziele der „Volksstimme“. Sie zu erreichen, so schnell und so gut es nur immer möglich ist, dafür setzen wir unsere ganze Kraft ein. Wer dabei ihnen dienen will, aufrechtig und mit Nutzen, der muß

Abonnenten für die „Volksstimme“ werden.

Vom Kampffeld der Obst- und Gemüseverwahrer.

Zur Illustration unserer geringen Ausführungen über den Obst- und Gemüseverwahrer heute nur noch folgende zwei Nachrichten: In Gotha haben während der letzten Tage einige Händler, der mit Kirichen und Erdbeeren zum dortigen Wochenmarkt erschienen waren, die Waren unterkauft wieder mit nach Hause genommen oder nach auswärts zum Verkauf gebracht, weil sie nicht zu den durch die Landesstelle für Verkauf und Obst für das Herzogtum Gotha festgesetzten Höchstpreisen verkaufen wollten. Die dortige Preisprüfstelle will deshalb in allen solchen Fällen, die ihr von jetzt ab zur Kenntnis kommen, ohne weiteres die Entziehung der diesen Händlern erteilten Genehmigung zum Handel mit Gemüse und Obst bei der zuständigen Stelle sofort herbeiführen.

Der Mangel an Guben hat ein Gesicht um Aufhebung der Höchstpreise für Obst und Gemüse an die königliche Regierung zu Frankfurt an der Oder gerichtet. Begründet wird das Gesicht damit, daß die festgesetzten Höchstpreise der Waren am Markte vertrieben hätten, da die Preise zu niedrig angesetzt seien. Dadurch sei für Obst- und Gemüsehändler kein Anreiz vorhanden, mit ihren Erzeugnissen auf dem heimischen Markte zu erscheinen.

Dabei sind das nur zwei Maßnahmen von vielen. Sie gehören aber, denn sie beruhen nur von liberal zu beobachtenden Vorgesängen. Wird man an leitender Stelle nun endlich den Ernst der Situation begreifen und — zu gründlichen Maßnahmen übergehen?!

Umtlich sanktionierte Heiratsvermittlung?

Der Provinzialausschuß der Nationalitätung erlaubt an seine Kreis- und Kreisaußenstellen eine Bekanntmachung, in der es u. a. heißt: Zu den Maßnahmen der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Kriegsgesellen gehört auch die Wiederheiratsmittlung der kriegswunden Soldaten. Nur zu groß ist die Zahl der kaufmännischen und handwerksmäßigen Betriebe, deren Leiter auf dem Felde der Ehre blieben und deren Familien dadurch ernstlich in Frage gestellt ist. Vieles ist die Witwe gar nicht

imstande das Geschäft des Mannes weiterzuführen. Es fehlen ihr die geschäftlichen Kenntnisse, und obenin nimmt die Sorge für den Inhalt und die Kinderziehung ihre Zeit in Anspruch. Deshalb ist der Witwe in vielen Fällen am besten gedient, wenn ihr die Möglichkeit der Wiederheiratsmittlung gegeben ist. Diese Arbeit ist mit der Fürsorge für die Kriegsschadigten insofern zu verbinden, als die Heiratung von Kriegsschadigten mit Kriegswunden bewirkt werden kann. Der Provinzialausschuß hat daher mit dem Erlaß der Nationalitätung in Würzburg eine Vereinbarung getroffen, wonach bei direkter Erlaubnis eine Sammelstelle für Nachbater über Kriegswunden einzurichten und Kriegsschadigten anzuwerben, die sich verheiraten wollen, eingerichtet wird. Von dort wird die Aufnahme der Nachbater ohne Namensnennung in die Heiratsliste für Lagerorte im Bereich des 4. Armeebezirks veranlaßt, und auf Wunsch jedes weiteren Ausstuf: förmlich oder mündlich erteilt.

Wieder war es der Gutartigkeit des einzelnen überlassen, sich sein Ehegatten durch den Heiratvermittler, die Zeitung oder auf andere Art zu holen. Nun scheint durch den Krieg auch darin eine Änderung vor sich gehen zu sollen, wenigstens insoweit, als dabei die dem Staat zur Verfügung überlassenen Kriegswunden und Kriegsschadigten in Frage kommen. Ob das freilich von Nutzen sein wird, bleibt abzuwarten. Für den Staat freilich ist es von Nutzen, denn er wird durch jede solche Heirat finanziell entlastet, gewinn dabei zu seiner Volkswirtschaft (durch die gleichzeitige mit der Heirat einsetzende Abrechnung stillgelegter Geschäfte) und durch die zugleich damit ansetzende Volksvermehrung. Anders sieht es um den Segen für den einzelnen, der daraus entstehen könnte; ihm gegenüber denken wir sehr herzlich, Intentionen für uns bei Ehegeschäften immer noch dem Erlaß der Nationalitätung in Würzburg, die Heiratsmittlung wirtschaftlicher Vorteile, — zumal nicht zuletzt nach zu beachten ist, daß sehr wenig Frauen fort genug sind, sich gezielten an den Anblick von Kriegswunden zu gewöhnen, auch wenn sie bei der Heirat den Glauben daran haben. —

Zur Befreiung des Kohlenbedarfs landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb der Eisenbahnzone.

Unzufrieden angeordnet, die hiesigen Kohlenlager am 6. Juli ihren Verkauf an solchen zum Verkauf und Müssen sowie für Arbeiter und Schienen für die Zeit bis zum 1. Oktober 1917 mündlich bei der Ortsstellen-, „Goldener Ring“ am Markt, anzumelden. —

Der Einzelhandel mit Obst und Gemüse genehmigungspflichtig.

Nach dem Bundesgesetz vom 3. April 1917 ist der Einzelhandel mit Gemüse und Obst im In- und Auslande nur mit schriftlicher Genehmigung der zuständigen Behörde desjenigen Bezirks gestattet, in dem der Handel betrieben werden soll. Das gleiche gilt aber auch für das Verzehren an die der gesetzlichen Preisobergrenze oder dem Höchstpreis an der öffentlichen Versteigerung oder anderweitig der von den kommunalen Behörden oder Gemeinden beschlossenen Verkaufspreise. Dahingehende Gesetze sind bei der Polizeiverwaltung anzufragen. —

Die Verpflegung der in der Landwirtschaft arbeitenden höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft.

Der Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt die Verpflegung der höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft. Die Verpflegung der höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft ist durch den Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt. Die Verpflegung der höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft ist durch den Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt.

Ein Geschichtsbuch.

Ein Geschichtsbuch, das die Geschichte der Provinz Sachsen in der Zeit von 1806 bis 1917 darstellt, ist durch den Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt.

Die Verpflegung der in der Landwirtschaft arbeitenden höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft.

Die Verpflegung der höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft ist durch den Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt.

Die Verpflegung der in der Landwirtschaft arbeitenden höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft.

Die Verpflegung der höheren Schüler bei der Kriegswirtschaft ist durch den Provinzialausschuß für die Provinz Sachsen, nach Mitteilung des Reichsausschusses für die Provinz Sachsen, genehmigt.

Notes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcooren.

Eingige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(4. Fortsetzung.)

Mit glühenden Wangen hatte sich das Mädchen aufgerichtet.

„Du bist nicht getragt! Nach Du Musik, wir wollen tanzen!“

Der Mann bewunderte ihre kühne Miene. Die hatte Haare auf den Nähen.

Eine Verlegenheit beklammte ihn. Er wußte nicht, woher sie kam; es triebte ihn über den Körper. Die Lippen glöhlich, suchte auch er nach einer jastigen Erwiderung an den Harmonikaspieler, fand keine und ward mordsmäßig böse auf Maluwers und auf sich selber.

„Se, Ihr Zurtelkäubchen, magst nur voran! Man ... man würde sich ja Bewußtseinsfrage machen!“

Der Teufel von Maluwers hatte entschieden nicht feinesgleichen. Was der für ein Schwämmchen war! Einen Gehängen würde der noch zum Lochen bringen.

„Tut doch Euren Freunden 'nen kleinen Gefallen!“ schloß er griesgrämig.

Jetzt brach die Lustigkeit los wie ein Donnerwetter. Vor Berger darüber wurde das Mädchen noch töter. Sie warf einen ungeduldrigen Blick auf Flohil und bemerkte mit heimlichen Vergnügen, daß er die Fäuste ballte.

Er begann sich mit großer Anstrengung, aber seine Zähne knirschten und die Muskeln zuckten unter dem Leder seiner Westen.

„Los, Majurka!“ rief er aufgeregt und sprang auf die Füße.

Die Luft war geladen. Maluwers merkte das und lächelte. Vorsichtig machten die Paare den beiden Platz. Die zusammengezogenen Brauen des Mannes, seine blitzenden Augen, seine gefrischten Lippen verrieten deutlich seine Erregung. Eine Sicherheit kam über das Mädchen, sogar Stolz. Sie war verächtliche Blide auf die andere Weiber. Der Mann zog sie nach der Majurka in einen Schaufelwalzer. Voraus mit seiner eignen Bildtheit fühlte er sich nicht mehr verlegen. Und gern hätte er einen Streit vom Saune gebrochen, um mit der Kraft seines Amtes zu probieren. Wie selbstverständlich vertraute sie seiner Kraft, die sie außerordentlich dünkte. Sie schmeigte sich an ihn und regte ihn auf mit ihrem vertrieben Fleische, das sich mit dem großen Körper des blonden Hiesigen warzte. Ihre Schenkel schoben sich eng ineinander. Sie hatte sich wohl eine ganze Flasche Saacel auf ihre schwarzen, glänzenden Haare gegossen, in denen Glasperlen blinkerten. Dieser starke Duft, der sich mit ihrer weiblichen Ausdünstung mischte, stieg Flohil zu Kopf und machte ihn schließlich schwach. Und er drückte sie an sich und empfand durch die Berührung ihrer runden Brüste einen heftigen Reiz.

Während einer Pause überredete er sie, mit ihm in den Nebenraum zu gehen und sich von ihm traktieren zu lassen.

„Eine gute Flasche Brüseler!“ rief er der Bedienung zu.

Er hatte sich ihr gegenüber gesetzt. Die Lampen wurden angezündet, es war Abend geworden. Sie waren beide sehr rot und ihre Gesichter schwitzen. Es tat ihnen gut,

sich ein wenig aussuchen und zu erfrischen. Er drängte unterm Tische sein Knie an das ihre mit einer Beharrlichkeit, die sie nicht übernahm. Unwillfürlich lädelten sie sich an.

Das schöne Mädchen riß die Augen auf, als er, um vor ihr mit seinem Wohlstand zu prahlen, einen Quindos aus dem Beutel zog und ihn nachsichtig vor sich hinrollen ließ, um das Goldstück dar, als es bei ihr vorüberkam, mit einem kurzen Klapp niederzulagern. Sodaständig ergriff sie vor diehien reifenartigen Menschen, der Gold hatte.

„So viel Geld verdienen Sie!“ rief sie mit leuchtenden Augen.

Ihr Gesicht hatte seinen spöttischen Ausdruck verloren. Er war zufrieden, wennschon er ihr lieber durch Jugendlichkeit gefallen hätte.

Ausweichend erwiderte er: „Nur manchmal. Ich bin kein Vertriehender. Nur zur Armes laß ich was springen. Man muß sich doch auch mal 'n Vergnügen machen.“

„Wer sind Sie?“ Er nannte seinen Namen.

Sie war verschiedene Male bei Coin-des-Tisserands vorbeigekommen, wenn sie Handbuche zur Händlerin nach dem Marktplatz von Redertrafel trug. Und sie hatte seinen Unkel und seine Tante gefannt und verschiedene Male auf dem Mont-des-Hérons in deren kleiner Schenke Milchaffee getrunken.

„Nicht möglich!“

„Ganz gewiß! Uebrigens mocht ich dort in der Kasse.“

(Fortsetzung folgt.)

Teilweise Sperrung des Eisenbahn-Güterverkehrs. Zur Entlastung der Eisenbahn wird, was dies an Gütern betrifft, bereits seit dem 1. März d. J. durchgehend mit dem 1. Juni ein Teil der Güterverkehrsleistungen auf der Strecke von der Ober- und den mittleren Bahnhöfen nach Orten zur Verbesserung auf der Eisenbahn nicht mehr durchgeführt. Es ist zu erwarten, dass der Verkehr von diesem Tag an durch einen von der Schiffsabfertigung beim Ufer des Seeländerbahnhofs eingerichteten Güterverkehrsstellen bedient.

Strohverbot. Das unbestimmte Strohverbot auf dem Aumellmannsberg und dem Aumellmannsberg und Aumellmannsberg sowie auf der Seeländerbahn zwischen Aumellmannsberg und Aumellmannsberg ist nach einer neuen Polizeiverordnung verboten.

Die Gefahren der Straße. In der Großen Eintracht wurde ein 7jähriger Schulleave von einem Stadtbahnwagen angefahren und zu Tode gebracht. Glücklicherweise erlitt der Knabe, der an dem Unfall nicht schuld sein soll, nur leichte Verletzungen an dem linken Bein; es hätte aber ebenfalls schlimmer ausgefallen können. Jedemfalls soll dieser Unfall besonders den Eltern zur Warnung dienen, ihre Kinder immer wieder auf die Gefahren der Straße aufmerksam zu machen und zur größten Aufmerksamkeit gerade in den Straßen mit Stadtbahnwagen oder Straßenbahnwagen zu halten. Man kann beispielsweise bald jeden Tag beobachten, daß sich Kinder gewagte Spielereien mit der elektrischen Straßenbahn erlauben und dabei in einer Reihe mit der Wagen und auf den Schienen unterbringen, als ob sie sich der Gefahr ihres Tuns absolut nicht bewußt wären. Dazu trägt allerdings auch maßgebend bei, daß die Straßenbahnfahrern in dem Verweilen ihrer aufgedehnten Startschleife zu diesem Umstande der Sicherheit erst bemerken. Es sollte deshalb besser unterbleiben, zumal sie sich ja damit selber erst die Schwereiten machen.

Selbstmordversuch. Gestern Abend verfuhr ein 13 Jahre altes Schulmädchen in der Nähe der Schietzerstraße sich zu ertränken, es wurde aber durch zwei Männer mit einem Rettungsring wieder aus dem Wasser gezogen und dem Kinderheim zur Pflege. Der Grund ist angeblich schlechte Behandlung durch die Geschwister.

Diebstahl. Am 15. Juni ist einer Arbeiterin auf der Bahnhofsstraße von einem Koffer mit dem Werte 613 Mark nachmittags von einem Mädchen eine Geldbörse mit 30 Mark gestohlen worden. Die Täterin wurde bei der Tat überführt, das Geld ist ihr wieder abgenommen und der Beuhälter zurückgegeben worden.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Ausland-Eier: Am Sonnabend von 8 bis 1 Uhr, jede Portion 2 Stück auf Nr. 24501 bis 28000 der neuen Lebensmittelkarte, pro Stück 30 Pf.

Suppenmarken: Am Sonntag, jede Portion 1 Stück auf Nr. 60 des Warenbegünstigten, pro Stück 10 Pf.

Gesundheit: Am Sonnabend von 8 bis 1 Uhr in der Talantstraße, jede Portion 1/2 Liter für 125 Mark auf Nummer 31501 bis 45000 der neuen Lebensmittelkarte.

Aus der Provinz.

Keine Gerste oder Kartoffeln zur Fütterungswende.

Weslich wird die Beobachtung gemacht, daß die Landwirte jetzt Schweine im Gewicht von mehr als 150 Pfund im Stall haben, die in der Dorfstraße weiter gefüttert werden, daß nach der Gerste wiederum Gerste und Kartoffeln zur Verfügung werden werden, um die Tiere auf die bei Hauswirthschaften in Friedenszeiten gewohnten hohen Gewichte von weit über 2 Zentnern zu mästen. Demgegenüber ist darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Notwendigkeit, Gerste reiflos für die Winterfütterung heranzubringen und auch die Kartoffeln auszuscheiden für die menschliche Ernährung zu verwenden, von einer Erfüllung dieser Hoffnung keine Rede sein kann. Es ist jedenfalls wirtschaftlicher, diese schlachtreifen Schweine jetzt abzugeben.

Sonntagsarbeit in der Landwirtschaft gestattet.

Der Oberpräsident hat bestimmt, daß die äußere Heilspfaltung der Sonn- und Feiertage auf Vorarbeiten keine Anwendung findet, und daß, soweit es die landwirtschaftlichen Arbeiten anbelangt, die betreffenden Arbeiter auch an den Sonn- und Feiertagen zur Arbeit kommen müssen. Selbstverständlich müssen die Arbeiter für diese besondere Arbeit auch besonders entlohnt werden.

Zur Hamsterverteilung.

Die Landwirtschaftskammer hat durch Verläufe festgestellt, daß die Landwirtschaftler auch bei der Hamsterverteilung in höherem Maße beteiligt sind als bei der Verteilung der anderen Tiere, und daß die Verteilung selbst von Angehörigen unter unzureichender Aufsicht nach einer dem Mittel beigegebenen Anleitung leicht ausgeführt werden kann. Dabei sind die zu beobachtenden Vorschriften im Ganzen für die Kultur für den Hamsterzucht sehr gering. Um überlegen die Kultur für den Hamsterzucht zu erleichtern und die Verteilung der Hamster des Verfahrens liegt darin, daß es eine Zeitspende unter den Hamstern hervorruft, der fast alle Tiere erliegen.

Vom Pastorens ausländischer Arbeiter.

Ausländische Arbeiter haben in letzter Zeit des öfteren ihr Arbeitsverhältnis ohne ordnungsmäßige Beendigung gelöst. Versehenlich ist es diesen auch gelungen, an der Grenze (trotz des Bestehens eines Vermerks des Arbeitgebers in der Legation) ohne Erlaubnis der Zollbehörden zu überqueren und nach Hause zurückzukehren. Um das für die Zukunft zu verhindern, sind die Zollbehörden über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu erhalten und nach Hause zurückzukehren. Um das für die Zukunft zu verhindern, sind die Zollbehörden über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu erhalten und nach Hause zurückzukehren. Um das für die Zukunft zu verhindern, sind die Zollbehörden über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses über die ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu erhalten und nach Hause zurückzukehren.

Werkzeuge.

Die juchbare Wohnungsnot innerhalb unserer Stadt wurde in der letzten Stadtratsperiode in der Sitzung behandelt, daß der Magistrat hierzu noch einen dringlichen Antrag aufzufassen der Tagesordnung eingebracht hätte. Der Erste Bürgermeister, Herrsch, wies einleitend darauf hin, daß es jetzt unmöglich sei, hier eine Wohnung zu finden, die den Wohnbedarf einer Menge Menschen hergeben könnte. Dieser Umstand war und der weitere, daß diese Wohnen um Arbeiter

infolge ihres höheren Verdienstes als des ordentlichen imstande seien, höhere Mieten als die lang erdichteten Wohnen zu zahlen, müßten sehr viele Hausbesitzer rücksichtslos aus. So wunderbar, schon lange hier ankommenden Einwohnern zur Freude gelangt, wenn sie die höheren Mieten nicht zahlen könnten, ohne sich auf das bisherige gute Einvernehmen; und diese Mietheliegungen wiederum wären fortgesetzt auf der Tagesordnung. In viele Hausbesitzer gingen sogar dabei über, mehrere Wohnungen einfach in einzelne Zimmer zu zerlegen und diese an Schlafsuchenden zu vermieten, nur um einen höheren Gewinn herauszuschlagen. Alle Schritte nun zur Erlangung von Baugewerkschaften seien unbedingt notwendig; ebenso sei ein Antrag, die Störere für Wohnbedürfnisse freigegeben, abgelehnt worden. Schließlich klagten die Stadtratsmitglieder selbst. Unter anderem gab Herr Herrsch an, daß sich bei ihm oft herzerregende Szenen abspielten. Er sei jetzt wieder eine Frau bei ihm gewesen, die zusammen mit sieben Kindern 5 Jahre lang in einer Wohnung gewohnt habe und nun angemietet worden sei. Schließlich wurde ein Antrag des Magistrats angenommen, zur Unterbringung wohnungsloser Leute die Kaiser-Wilhelm-Salle zu pachten, von der ein Teil für Familien, der übrige als Wohnheim für das Besondere hergerichtet werden soll. Die Pachtgebühr beträgt 500 Mark für den Monat, die Pachtzeit 4 Jahre. In der Hauptsache soll diese Wohnstätte dazu dienen, die Wohnungen in der Stadt von den Leuten zu entlasten, um so wieder mehr Raum für die Familien zu bekommen und zugleich den Bestand beim Mietzins zu mildern. Das ist natürlich keine ideale, geschwehe denn eine radikale Lösung der Wohnungsnot, wie schon der Erste Bürgermeister richtig sagte. Indes läßt sich jetzt immerhin ein anderer Weg finden.

Am Zusammenhange damit steht eine zweite Maßnahme, unter die sich der Erste Bürgermeister ebenfalls in dieser Sitzung äußerte. Sie wird jetzt vom Magistrat und vom Vorstand der städtischen Sportstätte in folgender Form öffentlich bekanntgemacht:

In zahlreichen Fällen ist langjährigem Mietern, besonders solchen mit mehreren Kindern, gestattet worden, weil dem Hauseigentümer von anderer Seite mehr Miete zu zahlen worden ist, und weil der Hauseigentümer durch Aufnahme von Schlafsuchenden höhere Einnahmen erzielen wollte. Bei der hier herrschenden Wohnungsnot ist dies Verfahren auf das Schlimmste zu vertrieben. Der Wohnungsbau-Vorstand der städtischen Sportstätte haben beschlossen, daß allen Hauseigentümern, welche so verfahren, sofort die städtischen Sportstätten- und Stiftungssachen entzogen werden. Ebenso wird bei denjenigen Hauseigentümern verfahren, welche bereits früher dergleichen Familienverhältnisse in der städtischen Sportstätte untergebracht haben und die diese Quartiere nicht bis zum 1. August 1917 frei machen und wieder für Familienwohnungen zur Verfügung stellen. Mit neuen Mietern etwas geschlossene Verträge ändern an der Durchführung der Wohnungsbau.

Es sind nunmehr Mieter werden erwidert, falls sie glauben oder wissen, daß einer der vorstehend genannten Fälle vorliegt, dies umgehend schriftlich dem Magistrat zur Nr. 11 3095/17 mitzuteilen, damit der Fall untersucht und gegebenenfalls die Kündigung auszusprechen werden kann.

Das ist eine Maßnahme, deren Grundgedanke und Zwecksetzung nur mit Freuden zu begrüßen ist. Sie dürfte auch ihre Wirkung nicht verfehlen und so wesentlich eine noch Maßgabe der Verhältnisse mögliche Linderung der Wohnungsnot herbeiführen. Nur steht sie noch nicht alle profiteurhaften Hausbesitzer, nämlich die ohne häusliche Sportstätte. Um auch sie unter den öffentlichen Zwang zu bringen, und zugleich, um auch die übrigen Maßnahmen des Magistrats auszuführen zu unterstützen, fordern wir alle unter Leser auf, jeden Fall dringlichen Vorgehens profiteurhaften Hausbesitzer gegenüber ihren Mietern aus sofort unter Angabe aller Einzelheiten wahrheitsgemäß mitzuteilen, damit wir einen jeden dieser Schädiger der Allgemeinheit vor aller Öffentlichkeit an den Pranger stellen können.

Einigungsvertrag oder persönlicher Jani?

Während der letzten Stadtratsperiode ist es in unermesslicher Zahl zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen den Ersten Bürgermeister und etlichen Stadtratsmitgliedern gekommen. Der Grund dazu war, daß der Bürgermeister die Begründung des Antrages, nachdrücklich noch die Ansetzung eines dritten Ausschusses für das Kronenhaus zu beschleunigen, der zweite Ausschuss über den Stadtratsmitgliedern. Er hat diese Begründung nun für die Stadtratsmitglieder. Er hat diese Begründung nun für die Stadtratsmitglieder. Er hat diese Begründung nun für die Stadtratsmitglieder. Er hat diese Begründung nun für die Stadtratsmitglieder.

Die Belohnung der Stadtratsmitglieder durch die Presse

Die Belohnung der Stadtratsmitglieder durch die Presse ist nicht notwendig. Auch die breite Masse hat seinen Anspruch darauf, zu erfahren, wie der Magistrat seine Verlangen begründet. Die Presse ist am allererstenhand bei dieser Arbeit des Magistrats nicht, am allererstenhand, da sich die Presse gegen den früheren Stadtratsmitgliedern Stadtrat Dehne richtete. Er hat damit gemeint, daß der Magistrat den Verorganen überhaupt nichts mitzuteilen habe und daß die Bevölkerung die Vorgänge aus dem Rathaus absolut nichts angingen, so mußte das natürlich aufs Schlimmste zurückzuführen werden; denn so ist die Sache nicht, daß die Herren auf dem Rathause noch wie vor etlichen Jahrzehnten noch herabredeten und lassen könnten, was ihnen beliebte, und die Bevölkerung hat den Zweifel darum zu fassen habe. Aber genau hebt das uns nicht frei, daß lang der vorliegende Bericht nicht nur wieder von den Stadtratsmitgliedern des Stadtratsmitgliedern Scholz auf persönliche Angelegenheiten spricht. Außerdem haben diese Elemente auch in andern Beziehungen als in dem des „Korrespondent“ wieder. Aus diesem Grunde bleibt für uns immer noch die Frage offen, ob es sich bei dieser Auseinandersetzung wirklich um eine Einigungsvertrag oder ob es sich nur um persönlichen Jani handelt hat.

Torgau. Einbruchdiebstahl.

Ein großer Einbruch während der Nacht zum Mittwoch im Bahnhofsgebäude verübt worden. Nachdem die Diebe in den Geschäftsräumen eingedrungen sind, so hat man sich aus dem Gebäude, indem sie die gegenwärtigen Wohnung des Eisenbahnschaffners heim, wo sie sich zunächst in der Nähe eines Geldbretts angesetzt und dann aus dem Keller verschiedene Lebensmittel, darunter auch etwas eingedocktes Fleisch und Kartoffeln, geholt.

Wittenberg. Zur Erinnerung an Louis v. Francots die ihre letzte Lebensjahre vier verbrachte und deren Geburtstag nun zum 100. Male begehrte, wurde am Mittwoch in der Schule eine Gedenkfeier abgehalten, an der etwa 300 Kinder ihrer Geste an festliche Schätze zur Verteilung gelangten. Zur Feier am Orte bildete der Generaldirektor der Schulleitung, Professor Dr. Balle, der Direktor eine Übung, und diese Übung leitete Professor Schröder einen Vortrag über „Bildung und Heimat in den Worten der Dichterin“. Zum Schluß erfolgte die Entschuldig von Herrn Oberstadtschreiber an den beiden Vorkämpfern Louis v. Francots.

— Eine Stadtratsbesitzung hat am Mittwoch stattgefunden. In dieser wurde mitgeteilt, daß ein ungenannt sein wohnender Bürger der Stadt 10000 Mark zum Fonds für ein neues Krankenhaus und Stadtrat Schatz 2500 Mark für eine Ueget in der Friedrichstraße gewillt haben. Die betragsmäßigsten Beiträge sollen auf das Jahr 1917 von dem Betriebszuschuß für 1917 befreit bleiben. Es handelt sich um einen Betrag von 1337 Mark. Um für die Vollstreckung auch in der kommenden Zeit genügend gedeckt zu sein, soll in der Neuzeit eine zweite öffentliche Zeichnung veranstaltet werden. Die Einzahlungen betragen 9200 Mark. Der Neuzustand soll 500 Quadratmeter Bauland und 400 Quadratmeter Areal zum Einheitspreis von 15 Pf. 10 Mark = 16000 Mark, wozu Straßenaustauschen enthalten sind, verkauft werden. Um Wohlwollenden für die öffentliche Zeichnung beschaffen zu können, soll ein Stücklandstück in der Neuzeit erachtet werden, zu welchem Zweck 4000 Mark beschafft werden sollen.

Reichsanbahnung. Vor einigen Tagen ist die Reichsanbahnung der Schiffe von Schiffs aus Freiburg a. B. an die Reichsanbahnung aus dem Wasser gezogen worden. Schiffs arbeitete in der Nähe der Schiffe und wollte auf einem dort angelegten Kahn. Als die Reichsanbahnung nach ihr in dem Bereich des Kaines schlageten und ins Wasser gefallen, wobei er seinen Tod fand.

Wittenberg. Eine weitere Einschränkung des Wasserverkehrs ist vom Magistrat durch folgende Verfügung angeordnet worden. Ab der anstehenden Tage ist der Wassertransport aus der städtischen Wasserleitung besonders in den letzten Tagen ein sehr hoher gehen und es wird notwendig, die Wasserabgabe bis zur Beendigung der Pumpenperiode, die voraussichtlich in einigen Tagen beendet sein wird, noch mehr einzuschränken. Die Wasserabgabe kann jedoch bis auf weiteres nur von bis 12 Uhr vormittags und von 7 bis 7 Uhr nachmittags stattfinden. Die Wassermenge ist notwendig, um im Fall einer Feuergefahr hinreichend Wasser in Reserve zu haben. Weiterhin verweist der Magistrat auf eine ausgeübte Benutzung der bestehenden Wärmepflanzen und Brunnen.

Schwurgericht Halle.

Im einer lumbigen Gans ...

Wiederum wie jetzt oft in jeder Schwurgerichtsperiode hatte sich auch ein vom Militär entlassener Junaber, der 22jährige Arbeiter Franz Wendler aus Seelitz, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Er hat in seiner Jugend die Dorfschule besucht, kam zu einem Vater, führte von der Bodenrente und mußte einige Zeit in anderer Beschäftigung bleiben. Später arbeitete er im Schloß zusammen mit seinem Vater, der recht zufrieden mit ihm war. Am Oktober 1914 wurde er eingezogen und wurde verurteilt; er erhielt einen Gehalt durch den Oberleutnant und einen zweiten durch die Lüneburg. Danach kam er in verschiedene Anstalten. Als er wegen seiner Verurteilung eine berufliche Ernte abgeben wollte, machte sich jedoch von Gerichtsbarkeit her, die eine Überführung in einen Anstalt notwendig machte. Dort wurde er 14 Tage lang auf seinen Gesundheitszustand geprüft und einige Zeit darauf als unbrauchbar mit Vorbehalt entlassen. Man hatte geglaubt, bei ihm Angedenken zu haben, so wurde er zu einem Monat in die Anstalt von seinem Vater und zog dann nach Wertheburg. Von hier aus suchte er sich Arbeit in den Weinbauern. Als er 14 Tage dort gearbeitet hatte, führte er sich nicht wohl. Er will, seitdem er im Trunkefeuer gelebt habe, stets harte Kopfschmerzen haben. Am 11. Oktober vorigen Jahres ging er auf einem kleinen Alter zum Wertheburg. Interessant traf er mit einem älteren Arbeiter zusammen, der gleichfalls in Lüneburg beschäftigt war. Dessen erzählte er, daß er eine Gans haben wolle, um seine Tiere zusammenzubringen. Er fragte der unbekannten Mann auch, ob er nicht ein Stück für seine Familie haben wolle, das nicht zu verkaufen sei, er auf seine eigene Weise. Die Gans in der Stadt kommen wollte. Schließlich sagte ihm Wendler, er sagte zu ihm: Du willst mich wohl verletzen. Er zornig dann den andern, einen andern Weg nach Wertheburg einzuschlagen. Wendler selbst sprach sich mit einer Weile, um die Gans zu bekommen, die er sich nicht leisten konnte. Er hat die Gans in der Stadt in einem Gans. Als er noch einer weiteren Gans den Garaus machen wollte, kam die Tochter des Besitzers der Tiere und rief ihm zu: Du Muscheln willst meine Gans fortbringen! Danach entfernte sich Wendler schamlos. Das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans. Als er noch einer weiteren Gans den Garaus machen wollte, kam die Tochter des Besitzers der Tiere und rief ihm zu: Du Muscheln willst meine Gans fortbringen! Danach entfernte sich Wendler schamlos. Das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans.

In der Nähe des Grabens hinter der Gemeindegerechtheit

von Lüneburg, der zufällig erwischt auf Urlaub da war, seinen Garten. Als er von seiner Frau von dem Bericht erfuhr, wollte er sich dort, das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans. Als er noch einer weiteren Gans den Garaus machen wollte, kam die Tochter des Besitzers der Tiere und rief ihm zu: Du Muscheln willst meine Gans fortbringen! Danach entfernte sich Wendler schamlos. Das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans.

Der Täter war am nächsten Tage zum Schwurgericht

nach Torgau gefahren, um dem Richter seinen Missetat bezeugen zu lassen, was er nicht mehr konnte. Er hat die Gans in der Stadt in einem Gans. Als er noch einer weiteren Gans den Garaus machen wollte, kam die Tochter des Besitzers der Tiere und rief ihm zu: Du Muscheln willst meine Gans fortbringen! Danach entfernte sich Wendler schamlos. Das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans.

Die Schwurgerichter erklärten, daß der Angeklagte

wertlos ist, er sei nur minderwertig. Der Ankläger erklärte, daß die Gans in der Stadt in einem Gans. Als er noch einer weiteren Gans den Garaus machen wollte, kam die Tochter des Besitzers der Tiere und rief ihm zu: Du Muscheln willst meine Gans fortbringen! Danach entfernte sich Wendler schamlos. Das Wägen sollte dann werden, die Gans sollte die Gans gefangen haben, die Gans in der Stadt in einem Gans.